

Interfraktionelle Motion FDP, SVP, BDP/CVP (Christoph Zimmerli, FDP/Rudolf Friedli, SVP/Philip Kohli, BDP/Claudio Fischer, CVP): Personalbestand: Stellenplan als Steuerungsinstrument wieder einführen

In den letzten Jahren wurde die Stadt Bern durch „Kantonalisierungen“ von diversen Aufgaben (u.a. Polizei, Lebensmittelkontrolle, Arbeitsgericht, Mietamt und Kindes- und Erwachsenenschutz) erheblich entlastet. Dadurch wurden Hunderte von Stellen (allein mehr als 500 Vollzeitstellen der Stadtpolizei) zum Kanton transferiert. Der Personalbestand der Stadtverwaltung hat jedoch nicht in diesem Ausmass abgenommen, sondern er nimmt weiterhin fast jährlich zu (zwischen 2008-2013 um 117 Vollzeitstellen bzw. rund 4.5%), ohne dass hierfür Gründe ersichtlich wären. Eine Abnahme um 30 Vollzeitstellen (bzw. um rund 1%) war einzig im Jahr 2013 ersichtlich (wobei nicht klar ist, ob dieser Rückgang lediglich auf einmalig wirkende Faktoren zurück zu führen ist).

Mit mehr als einem Viertel des Gesamtaufwands stellen die Personalkosten den grössten Kostenblock im städtischen Finanzhaushalt dar. Eine wirksame Kontrolle und Steuerung der Personalbestandsentwicklung ist somit von grösster finanzpolitischer Bedeutung. Mit dem Instrument des Stellenplans, den der Stadtrat jeweils zusammen mit dem Budget genehmigte, war eine entsprechende politische Steuerung dieses Kostenblocks früher möglich. 2004 wurde dieses Steuerungsinstrument aber mit der Einführung des Steuerungsmodells „Neue Stadtverwaltung Bern“ (NSB) in voreiliger Weise als „überflüssig“ bezeichnet und aufgehoben. Deshalb erfolgt die Steuerung im Personalbereich seither nur noch mit einem Globalkreditsystem im Rahmen von Produktgruppen-Budgets, somit einzig über die Finanzen. Bereits im Jahr 2005 hatten der damalige Finanzdirektor und der Sprecher der stadträtlichen Budget- und Aufsichtskommission übereinstimmend festgestellt, dass deshalb geeignete Überwachungs- und Steuerungsmechanismen im Personalbereich nun fehlen. Eine Übersicht über den Stellenbestand zu gewinnen sei schwierig und es sei auch kaum noch feststellbar, wo der Personalbestand zu- bzw. abnehme. Obwohl diese gravierenden Schwächen im Steuerungssystem nun seit zehn Jahren bekannt sind, wurden sie nicht korrigiert.

Der Gemeinderat scheint das erwähnte Wachstum des Personalbestands (und damit auch die steigenden Personalkosten) nicht im Griff zu haben. Deshalb muss dem Stadtrat wieder ein Instrument zur Verfügung gestellt werden, damit er selber unmittelbar auf die Entwicklung Einfluss nehmen kann. Der Stellenplan als verbindliches Steuerungsinstrument im Zuständigkeitsbereich des Stadtrats ist deshalb wieder einzuführen. Zudem sind der Stellenbestand und der Personalaufwand zu plafonieren. Damit lässt sich die Aufwandentwicklung bremsen und ein wirksamer Beitrag zur Sanierung des Finanzhaushalts leisten.

Der Gemeinderat wird deshalb mit dieser Motion verpflichtet, eine Vorlage zur Anpassung der rechtlichen Grundlagen zu unterbreiten, welche jährlich eine verbindliche Festlegung des Stellenbestands bzw. des Personalaufwands durch den Stadtrat ermöglichen und auch die Durchführung eines Anstellungsmoratoriums ermöglichen.

Bern, 15. Oktober 2015

Erstunterzeichnende: Christoph Zimmerli, Rudolf Friedli, Philip Kohli, Claudio Fischer

Mitunterzeichnende: Kurt Rüeeggsegger, Manfred Blaser, Dannie Jost, Jacqueline Gafner Wasem, Roger Mischler, Alexander Feuz, Hans Ulrich Gränicher, Kurt Hirsbrunner, Alexandra Thalhammer, Mario Imhof, Barbara Freiburghaus, Bernhard Eicher, Andrin Soppelsa, Michael Daphinoff, Lionel Gaudy